

Außenwirtschaft Positionspapier: China

Hauptaussagen

- Es bedarf eines ausgewogenen Umgangs mit China, wobei die Strategie der Bundesregierung auch als Leitlinie für den zukünftigen Umgang mit weiteren nicht-demokratischen Handelspartnern dienen kann.
- Deutschland und die EU sind wirtschaftlich eng mit China verbunden und sind auch aufgrund der Marktgröße und Innovationskraft auf eine langfristige Partnerschaft angewiesen.
- Die Verringerung von Abhängigkeitsrisiken ist notwendig, aber sie geht nicht mit einer Reduzierung der Wirtschaftsbeziehungen einher.
- Globale Herausforderungen wie Klimawandel und Ressourcenknappheit können nur gemeinsam mit China bewältigt werden, was den Dialog und Kooperationsmodelle auf bilateraler und multilateraler Ebene erfordert.
- Die EU muss ein starker Binnenmarkt und Innovationsführer auf globaler Ebene sein, um in Zukunft eigenständig mit führenden Wirtschaftsnationen interagieren zu können.
- Auf EU-Ebene sind ein einheitliches Verständnis und gemeinsames Handeln notwendig und eine der zentralen Voraussetzungen für einen angemessenen Umgang auch mit nicht-demokratischen Handelspartnern.
- Sensible Bereiche mit Relevanz für die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung müssen klar von unkritischen Bereichen abgegrenzt werden, die den größten Teil der Wirtschaftsbeziehungen ausmachen.
- Die vorhandene Expertise und Kompetenz in Deutschland und Europa bezüglich China müssen stark ausgebaut und besser vernetzt werden.
- Deutschland und Europa müssen wirksame und ausgewogene Instrumente entwickeln, um Risiken für das reibungslose Funktionieren marktwirtschaftlicher Prozesse, industrieller Lieferketten und der nationalen Sicherheit zu minimieren.
- Deutschland und Europa müssen eine umfassende, integrierte und langfristige Diversifizierungsstrategie entwickeln und eine proaktive Handelspolitik verfolgen.
- Die Bindung an China ist auch eine Bindung Chinas an uns. Eine chinesische Autarkie hätte für Deutschland und Europa gravierende politische und wirtschaftliche Folgen.

Herausgeber:

Bundesverband
Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen, e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Telefon 030 590099-565

www.bga.de

info@bga.de

Verantwortlich:

Alexander Hoeckle
Abteilungsleiter Außenwirtschaft
alexander.hoeckle@bga.de

Dr. Stephan Benz
Referent Außenwirtschaft
stephan.benz@bga.de

Überblick

Die Volksrepublik China hat in den vergangenen drei Jahrzehnten durch eine langfristig angelegte aggressive Expansionsstrategie eine zunehmende globale Gestaltungskraft erlangt und beeinflusst heute die internationale Politik, Wirtschaft und Technologie in einem Maß wie es nur die Vereinigten Staaten von Amerika vermögen. Gleichzeitig ist China einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands und der EU.

Im vergangenen Jahr wurde China zum siebten Mal in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner und der Import von Waren und Dienstleistungen aus China nach Deutschland beliefen sich auf 192 Milliarden Euro. Gleichzeitig ist China als Markt für deutsche Exporte im Jahr 2022 mit einem Wert von 107 Milliarden Euro von großer Bedeutung. Das Gesamthandelsvolumen zwischen Deutschland und China betrug im Jahr 2022 annähernd 300 Milliarden Euro, was das Gewicht der Handelsbeziehungen verdeutlicht.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und China umfassen dabei eine breite Palette von Waren, vor allem technologisch fortschrittliche Produkte wie Maschinen, Automatisierungstechnik, medizinische Geräte sowie Fahrzeuge und Fahrzeugteile. Auch Elektronik, Elektrotechnik, Chemikalien, pharmazeutische Produkte und Präzisionsinstrumente haben einen bedeutenden Anteil an den deutschen Exporten nach China. Bei den Importen aus China sind ebenfalls elektronische Geräte und Maschinen, aber auch Haushaltsgeräte, Konsumgüter und Textilien die Warengruppen, die den Großteil der Wareneinfuhr nach Deutschland ausmachen.

Die enge Verflechtung zwischen Deutschland und China zeigt sich auch durch Investitionen. In China sind über 5000 hauptsächlich mittelständische deutsche Unternehmen aktiv, die den Hauptteil der Handelsaktivitäten zwischen den beiden Ländern ausmachen.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass ein strategischer und ausgewogener Ansatz, der auf unserem Wertesystem basiert, notwendig ist, um erfolgreich deutsche und europäische Interessen zu verfolgen. Gleichzeitig muss dieser Ansatz auch dem hohen Stellenwert der Handelsbeziehungen mit China Rechnung tragen. Doch auch weitere Weltregionen, in denen Handelspartner mit nicht-demokratischer Staatsorganisation beheimatet sind, werden größeres Gewicht erlangen. Somit sollte ein Großteil der hier angeführten Aspekte nicht nur mit dem Blick auf China gelten, sondern ist auch im Verhältnis zu weiteren nicht-demokratischen Handelspartnern zu berücksichtigen.

1. Risiken verringern und Potenziale nutzen

Der Umgang mit Chancen und Risiken in den Beziehungen zu China muss auch zukünftig ausbalanciert sein und sich auf den in der China-Strategie der Bundesregierung bekräftigten Dreiklang Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität erstrecken. Es gilt dabei, die vielschichtigen und langfristigen Risiken, die sich aus Chinas globalen Ambitionen ergeben im Blick zu halten. Gleichzeitig müssen Deutschland und die EU dort, wo es möglich und sinnvoll ist, gemeinsame wirtschaftliche Potenziale mit China nutzen und in Fragestellungen aktueller globaler Herausforderungen zusammenarbeiten. Das Ziel muss es sein, einen gemeinsamen Weg zu finden, der sowohl eine verantwortungsvolle Koexistenz konkurrierender, aber miteinander verbundener Systeme ermöglicht als auch eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung der globalen, multilateralen Ordnung einschließt.

Deutschland und die EU müssen sich allerdings auch auf die Möglichkeit vorbereiten, dass eine solche verantwortungsvolle Koexistenz nicht zustande kommt. Chinas zunehmend aggressives geopolitisches Auftreten erschwert das Ziel einer verantwortungsvollen Koexistenz und wirkt sich damit auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen aus. Umgekehrt muss auch bedacht werden, welche politischen und wirtschaftlichen Folgen es hätte, wenn sich China von Deutschland bzw. der EU abkoppeln würde. Die Bindung an China ist auch eine Bindung Chinas an uns. Umso wichtiger ist es deshalb, dass parallel zu allen Bestrebungen einer neuen Beziehung zur Volksrepublik China die seit beinahe 70 Jahren währende Westbindung der transatlantischen Partnerschaft erneuert und verstärkt wird. Eine dauerhaft enge transatlantische Partnerschaft und Wertegemeinschaft sind für Deutschland Voraussetzung für einen selbstbewussten Haltung im Verhältnis zu der Volksrepublik China.

Deutschland und die EU sind besonders im mittelständisch geprägten Geschäftsverkehr wirtschaftlich eng mit China verbunden und daher auf eine langfristige Partnerschaft angewiesen. Der Großteil des Handels betrifft Waren und Dienstleistungen, die keine direkte Auswirkung auf europäische Werte oder geopolitische Interessen haben. China ist sowohl einer der größten Verbrauchermärkte, Produktionsstandorte und Rohstofflieferanten als auch ein wichtiger Treiber von Innovationen. Der wirtschaftliche Austausch mit China sichert so Arbeitsplätze in Deutschland und Europa und trägt zum Wohlstand aller Beteiligten bei.

Die deutsche Wirtschaft profitiert auch von Chinas Innovations- und Marktdynamik, was positive Auswirkungen auf ihr globales Geschäft hat und sie durch Ihre Präsenz auf dem chinesischen Markt an diesen Entwicklungen teilhaben kann. Ohne die Stärke des chinesischen Marktes hätte Deutschlands Wirtschaft die Finanzkrise 2008/2009 nicht so schnell überwunden. In strategisch unkritischen Bereichen können wechselseitige Abhängigkeiten zudem zur Stabilität der Beziehungen beitragen.

Die Bundesregierung verfolgt eine Strategie zur Verringerung von Abhängigkeitsrisiken. Diese sollte allerdings einen differenzierten Ansatz verfolgen. Das Hauptziel besteht darin, strategische Risiken zu reduzieren, die aus einseitigen Abhängigkeiten oder der Lieferung von (Technologie-)Produkten in wichtige Infrastrukturen resultieren können. Dennoch bedeutet dies nicht, dass die Wirtschaftsbeziehungen generell reduziert werden sollten. Denn auch mit dem Blick auf den Technologietransfer nach Deutschland gewinnt der chinesische Markt zunehmend an Bedeutung.

Die deutsche Wirtschaft treibt bereits aus eigenen Interessen eine Diversifizierung ihrer Geschäftsbeziehungen in Asien und anderen Regionen der Welt voran. Die Umsetzung dieser Maßnahmen wird jedoch erheblich erschwert durch die mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und der Europäischen *Corporate Sustainability Due Diligence Directive* (CSDDD) verbundene Bürokratie und Rechtsunsicherheit sowie einseitige Maßnahmen wie den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), die auch als protektionistisch missverstanden werden können.

Die EU, aber vor allem auch Deutschland werden in Zukunft viel intensiver zwischen dem eigenen Werteverständnis und den übergeordneten strategischen Zielen unseres Landes abwägen müssen. Eine größere Unabhängigkeit von einzelnen Handelspartnern ist nur durch eine größere Zahl an unterschiedlichen Handelspartnern möglich. Deutschland muss lernen, dass andere Gesellschaften andere Werte und andere politische Einstellungen haben als das unsere und dennoch ein wichtiger Handelspartner sein können.

Dies kann und darf nicht bedeuten, die eigenen Wertvorstellungen hinter sich zu lassen. Der Einsatz für Menschenrechte, für Demokratie, offenen Austausch und gegenseitige Toleranz endet nicht an den eigenen Landesgrenzen. Unsere Werte müssen uns leiten. Wir müssen für sie werben. Aber wir können sie im Rahmen einer Partnerschaft nicht allen anderen Teilen der Welt vorschreiben – koste es, was wolle. Die jüngsten Bestrebungen der Bundesregierung nach neuen Energiepartnerschaften mit arabischen Staaten zeigen, dass eine solche Abwägung in Fällen besonderer strategischer Bedeutung möglich ist. Dies gilt auch für die Auseinandersetzung mit Entwicklungen wie dem globalen Klimawandel.

Es ist unvermeidlich, dass eine Zusammenarbeit mit China bei globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder Ressourcenknappheit stattfindet. China ist heute der größte weltweite Emittent von CO₂- und zugleich einer der Staaten, die fortschrittlich genug sind, um mittelfristig technologische Lösungen für den Umgang mit oder die Bewältigung der Klimakrise zu entwickeln. Für die Bundesregierung wäre es sinnvoll, nicht nur bilaterale deutsch-chinesische Dialoge zu führen, sondern auch mit europäischen Partnern und der EU-Kommission zusammenzuarbeiten, um diplomatische Impulse für den Ausbau regelmäßiger Wirtschaftsdialoge unter Beteiligung von insbesondere mittelständischen Wirtschafts- und Handelsakteuren mit China zu setzen.

Zudem sind die politische Flankierung und Kooperationsformate auf deutscher und europäischer Ebene ein wichtiger und noch ausbaufähiger Faktor, der zur Schaffung besserer Wettbewerbsbedingungen für deutscher und europäischer Unternehmen in China – wie die Schaffung eines *Level-Playing Fields* oder eines gleichberechtigten Marktzugangs – beitragen kann. Es bleibt entscheidend, auch in Zukunft die Anliegen der Wirtschaft gegenüber China konstruktiv zu kommunizieren und auch zu komplexen und schwierigen Themen wie dem Schutz und der Einhaltung der Menschenrechte im Gespräch zu bleiben.

Bei den Handelsbeziehungen mit anderen Regierungsformen, die ein abweichendes Werteverständnis haben, haben politische und gesellschaftliche Themen bereits in der Vergangenheit einen hohen Stellenwert eingenommen. In den letzten Jahren hat der Einfluss auf deutsche Unternehmen, insbesondere im Chinageschäft, kontinuierlich zugenommen. Politische sensible Themen und grundlegende Differenzen wie der Umgang mit Minderheiten und Menschenrechte dürfen dabei nicht nur im Zuge einer stillen Diplomatie angesprochen werden, sondern sie müssen in einem Dialog auf Augenhöhe und mit Transparenz auf allen Seiten behandelt werden. In diesem Zusammenhang erwächst der Bundesregierung aus dem Primat der Politik die Obliegenheit und Verantwortung, sich in Gesprächen mit den Regierungen anderer Staaten diesen Themen anzunehmen und sie angemessen und explizit – unter Berücksichtigung der historischen und kulturellen Entwicklung beider Systeme – zu adressieren. Der BGA unterstützt die Bundesregierung und das Eintreten der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten für den Schutz universeller Menschenrechte.

Gleichzeitig ist ein umfassendes geökonomisches und strategisches Risikomanagement erforderlich, welches auf China – aber auch weitere Handelspartner – ausgerichtet sein muss. Hier sollten Deutschland und die EU proaktiv Maßnahmen ergreifen, um ein neues, offenes Kooperationsmodell zu schaffen. Dieses Modell sollte einen pragmatischen Ausgleich der Interessen mit China und weiteren Handelspartnern auf bilateraler und multilateraler Ebene ermöglichen.

2. Stärkung des deutschen und europäischen Standorts

Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die technologische Souveränität Deutschlands und der EU bilden das Fundament für Wohlstand und Sicherheit.

Nur wenn die EU ein starker Binnenmarkt und Innovationsführer auf globaler Ebene ist, kann sie autonom mit führenden Wirtschaftsregionen wie China interagieren und als Wirtschaftsstandort im internationalen Diskurs ihre Hebelwirkung entfalten. Dafür erfordert es ambitionierte Reformen und massive Investitionen in die Zukunft des deutschen und europäischen Standortes. In ihrem jetzigen Zustand ist die Europäische Union nicht wettbewerbsfähig genug, um in der sich abzeichnenden Polarisierung der Weltwirtschaftsordnung ein Gegengewicht zu sein. Die EU ist zu träge, zu bürokratisch, zu undynamisch, zu wenig digital und zu sehr auf die Bewältigung des Klimawandels zu Lasten der eigenen Wettbewerbsfähigkeit fokussiert. Für den Erhalt der multipolaren Weltordnung muss sich die EU ihre politische und vor allem wirtschaftliche Eigenständigkeit bewahren und stärken. Nur dann kann sie damit ihren Teil dazu beitragen, dass die Welt des 21. Jahrhunderts nicht zurück in einen Zustand der Blockbildung fällt.

Auf EU-Ebene ist einhelliges Verständnis und gemeinsames Handeln notwendig und in vielen Fragen lange überfällig. Im Hinblick auf eine strategische Ausrichtung gegenüber China und weiterer nicht-demokratischer Staaten ist eine gemeinsame und geschlossene Positionierung der EU zentrale Erfolgsbedingung. Nur so lassen sich aktuelle und zukünftigen Herausforderungen effektiv bewältigen. Eine kohärente EU-Strategie ist erforderlich, um das notwendige wirtschaftliche, technologische und politische Gewicht zu erlangen, um sich mit den eigenen Interessen und Werten auf dem internationalen Parkett behaupten zu können. Sie ist zudem notwendig, um Antworten auf die strategischen Ansätze derer Ländern zu finden, die versuchen durch bilaterale Verhandlungen mit einzelnen EU-Staaten die europäische Gemeinschaft aufzuspalten.

Die Einbettung nationaler Interessen in eine gemeinsame EU-Politik ist eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg der deutschen Strategie. Nationale Interessen sollten immer am Gesamtinteresse der EU gemessen werden und dies muss für alle EU-Staaten gelten. Als eine der weltweit führenden Exportnationen muss Deutschland dabei ein besonders großes Interesse an der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Souveränität haben.

Sensible Bereiche, in denen tatsächlich Bedrohungen für die nationale Sicherheit und öffentliche Ordnung bestehen, müssen möglichst klar von unkritischen Bereichen, die den überwiegenden Teil der Wirtschaftsbeziehungen ausmachen, abgegrenzt werden. Deutschland muss dem Trend, den nationalen Sicherheitsbegriff stetig auszuweiten – wie aus den USA und China bekannt – durch möglichst eng umrissene und klare Regeln zu Investitionsprüfungen, zum Schutz kritischer Infrastrukturen, zur Cybersicherheit und zur Exportkontrolle entgegenwirken. Eng umrissene Linien, die mit weiteren Partnern abgestimmt sind, vermeiden zudem generelle Handelsbeschränkungen, welche sich negativ auf den heimischen Wirtschaftsstandort auswirken und die deutsche und europäische Wettbewerbsfähigkeit zu beschädigen drohen.

Für die Standortstärkung in Deutschland und Europa ist es ebenfalls von hohem Stellenwert, die auftretenden Herausforderungen durch China und andere Wettbewerber mit starken staatlichen Akteuren in der Wirtschaft angemessen und rechtzeitig einschätzen zu können. Auch ein zwischenstaatlich angemessener Umgang setzt dabei ein fundiertes Wissen über das Gegenüber sowie das Vermögen voraus, kulturelle und politische Gemeinsamkeiten und Unterschiede adäquat einordnen zu können.

Der Rückstand bei den bisher nur wenig ausgeprägten Analysekapazitäten und der Kompetenz im interkulturellen Umgang in Bezug auf China – trotz seiner enormen wirtschaftlichen, technologischen und politischen Relevanz – muss umgehend aufgeholt werden. Es ist wichtig, den aktuellen Tendenzen entgegenzuwirken und Bildungs- und Forschungsangebote in Bezug auf die Volksrepublik nicht einzuschränken oder zurückzufahren. Vielmehr müssen sowohl die Bundesregierung als auch die Wirtschaft in den breiten Ausbau dieser Kompetenz sowie in unabhängige, angewandte und praxisnahe Forschung investieren. Die bestehende Expertise in Deutschland und Europa innerhalb der relevanten Fachgebiete und zwischen den handelnden Akteuren muss besser vernetzt werden und der Austausch zwischen den Sektoren sollte gezielt gefördert werden. Neben der auszubauenden Verflechtung von Wissenschaft und Politik sollten zudem das Potential der bereits existierenden Fachkräfte besser eingesetzt werden. Insbesondere in Zeiten von Spannungen wird die Bedeutung des gegenseitigen Verständnisses durch länderspezifische Kompetenz größer als je zuvor.

Weiterhin von hoher Bedeutung ist, dass Deutschland und Europa effektive und ausgewogene Instrumente entwickeln, um Risiken für das Funktionieren marktwirtschaftlicher Prozesse, industrieller Lieferketten und nationale Sicherheit zu minimieren. In den letzten Jahren hat China seinen Instrumentenkasten zur Steuerung der Wirtschaft stetig erweitert. Aktuelle Aktivitäten, wie die Einführung des neuen EU *Foreign Subsidy Instruments* (FSI) und das *International Procurement Instrument* (IPI) und den darin verankerten Grundsatz der Reziprozität bei öffentlichen Aufträgen, sind in diesem Kontext zu begrüßen und stellen wichtige Hebel zur Durchsetzung europäischer Marktwirtschaftsprinzipien dar.

Ebenfalls wichtig ist ein EU-Instrument gegen Zwangsmaßnahmen von Drittstaaten, wie es mit dem *Anti Coercion Instrument* (ACI) in Aussicht steht. Für dieses und auch weitere Instrumente ist jedoch darauf zu achten, dass wirtschaftliche und außenpolitische Risiken berücksichtigt werden, ihrer Anwendung sorgfältige und vorausschauende Prüfung vorgelagert werden sowie die bürokratischen Belastungen, Kosten und Risiken für EU-Unternehmen eng begrenzt bleiben. Als Kehrseite zu den Schutzgesichtspunkten wiegt bei der Anwendung von Handelsschutzinstrumente die Gefahr eines sich ausweitenden Protektionismus schwer. An dieser Stelle bedarf es zweifelsohne einen ausgewogenen Ansatz, der den Untiefen und vielschichtigen Anforderungen des internationalen Handels gerecht werden kann.

Kritisch zu beobachten sind hingegen Entwicklungen, die die Einführung eines Instruments zur Kontrolle von Investitionen heimischer Unternehmen im Ausland – ein sog. *Outbound Investment Screening* – zum Gegenstand haben. Die Bundesregierung und die Europäische Union sollten stattdessen auf die bestehende Exportregulierungen setzen und gegebenenfalls in eng begrenzten Bereichen und bei sicherheitsrelevanten Technologien Verbesserungen vornehmen. Die Schaffung eines eigenständigen Instruments, welches denselben Zweck zu erfüllen versucht, ist überflüssig und erzeugt weitere, die Wirtschaftsakteure belastende Bürokratie. Die stetig zunehmende politische Steuerung von Wirtschaftsprozessen widerspricht den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. Mehr staatliche Kontrolle ist der falsche Weg.

Zur Stärkung des deutschen und europäischen Standortes gehört es auch administrative Prozesse zu reduzieren und Verfahren zu beschleunigen – insbesondere durch eine verstärkte Digitalisierung. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Intransparenz und Bürokratie seitens der Behörden nicht dazu genutzt werden, Prozesse bewusst und gezielt zu verzögern, um den betroffenen Außenhandel

in bestimmten Weltregionen zu entmutigen. Ein derartiges Vorgehen geht nicht nur zu Lasten eines fairen Umgangs mit den beteiligten Wirtschaftsakteuren, sondern stellt letztlich auch einen fahrlässigen Umgang mit der Solvenz und den Arbeitsplätzen der betroffenen Betriebe dar.

Dies gilt unter anderem für den im Zusammenhang mit den Wirtschaftsbeziehungen stehenden Personenverkehr aber auch für die Bearbeitungszeit der mit der Antragsbearbeitung in Außenhandelsverkehr befassten Bundesämter. Da aufgrund der stark eingeschränkten Mobilität zur Pandemiezeiten auch die personellen Ressourcen in den Auslandsvertretungen reduziert und bislang noch nicht wieder an die aktuelle Situation angepasst wurden, gestalten sich Antragsverfahren zur Visaerteilung als schwierig und langwierig. Für die Anbahnung und Aufrechterhaltung von Geschäftskontakten ist es allerdings wesentlich, dass Personal zwischen den Ländern auch mit kurzfristigem Vorlauf reisen kann. Die dafür notwendige behördliche Einbindung stellt zumeist ein Nadelöhr dar, bei welchem sich die Prozesse stauen und eine für die Wirtschaftsakteure so wichtige, rasche Reaktionen verhindert werden. Hier sollte rasch an einer Digitalisierung der deutschen Konsulate und der inländischen Behörden samt ihren administrativen Abläufen gearbeitet werden. Eine schnelle und unbürokratische Handhabung der Verfahren ist essentiell, um den für den Wirtschaftsstandort Deutschland so wichtigen Außenhandel den Rücken zu stärken. Hier bedarf es ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zum auch weiterhin partnerschaftlichen Verhältnis zu China und auch zur reibungslosen Möglichkeit, die Wirtschaftsbeziehungen ungestört und ohne administrative Zäsuren aufrecht erhalten zu können. Es bedarf im Dreiklang Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität klar abgegrenzte Linien. Hemmende Elemente aus den als rivalisierend erachteten Bereichen dürfen dabei nicht aus ideologisch gefärbter Intention auf unkritische und wirtschaftlich gar essentielle Bereiche wie den Außenhandel expandiert werden.

Ebenfalls nehmen die Bearbeitungszeiten für Anträge beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle immer noch unverhältnismäßig lange Zeit in Anspruch. Die Situation wird zudem durch vorherrschende Intransparenz bezüglich der Einbeziehung weiterer Ressorts und den dortigen zusätzlichen langen Bearbeitungszeiten für Anträge mit Bezug auf bestimmte Länder weiter zuge-spitzt. Die ohnehin langwierigen administrativen Prozesse werden dadurch noch weiter verzögert, ohne dass die Ursachen der Verzögerungen behoben werden. Die damit einhergehenden Beeinträchtigungen führen seit geraumer Zeit zu einem nicht tragbaren Zustand für den Außenhandel. Die Bundesregierung muss hier Lösungen entwickeln, um diese problematischen Zustände schneller abzustellen und bereits proaktiv deren Entstehung entgegenzuwirken.

3. Diversifizierungsstrategie für Deutschland und die EU

Eine umfassende, integrierte und langfristige Diversifizierungsstrategie ist für Deutschland und die EU dringend notwendig. Angesichts der zunehmenden geopolitischen Rivalitäten und dem steigenden Druck zur Lokalisierung in Dritt-märkten müssen Absatz- und Beschaffungsmärkte diversifiziert werden, wobei besonders auf die Sicherung von Rohstoffen geachtet werden sollte. Eine erfolgreiche Diversifizierung kann nicht auf einen Abzug aus dem chinesischen Markt beruhen, sondern sollte sowohl bestehende Strukturen, Chancen und Potenziale nutzen als auch neue Märkte auf- und auszubauen.

Dabei ist der reine und gezielte Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen mit demokratisch strukturierten Marktwirtschaften (sog. „*friend-shoring*“) kein ausreichender Lösungsansatz. Für Deutschland wäre diese Reduzierung mit erheblichen

Wachstums- und Wohlstandverlusten unmittelbar verbunden. Vielmehr bedarf es weiterer konsistenter Aufgleisungen, wie der europäischen „*Global-Gateway-Initiative*“, um die Wachstumsmärkte in Asien, Afrika und Lateinamerika in die Auffächerung der Handelsbeziehungen wirkungsvoll einbinden zu können. Hier ist es notwendig, über eine reine Entwicklungszusammenarbeit hinaus Anreize für rege Wirtschaftsbeziehungen zu setzen.

Eine proaktive EU-Handelspolitik, die auf die Öffnung neuer Märkte und die Stärkung des Handels setzt, ist hierfür von zentraler Bedeutung. Um Handelsabkommen mit möglichst vielen Partnern abzuschließen, sind flexible Ansätze in Bezug auf Umweltschutz, Menschenrechts- und Arbeitsstandards erforderlich, die den hohen europäischen Zielen gerecht werden. Hierzu gehören Handelsabkommen, die an die jeweiligen Partner angepasst und nicht durch eine Überfrachtung mit sachfremden Themen die Verhandlungen unnötige erschweren. Die EU, aber auch Deutschland, hat den Abschluss neuer Handelsabkommen viel zu lange verzögert und verschlafen. Die heutigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten sind die direkte Folge dieser fehlerhaften Politik. Während andere Wirtschaftsräume die Bedeutung von Freihandelsabkommen erkannt und entsprechend gehandelt haben, glaubt die EU sich Maximalforderungen leisten zu können. Doch das ist ein Irrglaube.

Mit dem Inkrafttreten verschiedener Regionalhandelsabkommen wie der *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP), der *Comprehensive Progressive Trans-Pacific Partnership* (CPTPP) und des *Indo-Pacific Economic Frameworks* (IPEF) steigt der Handlungsdruck für die EU. Vor dem Hintergrund einer offenen strategischen Autonomie der EU sollte sie zusehends darum bemüht sein, die Verhandlungen zu einem interregionalen Handelsabkommen mit dem ASEAN-Verbund wieder aufzunehmen.

Dass das multilaterale Handelssystem erhalten, gestärkt und modernisiert wird ist für die deutschen und europäischen Wirtschaftsstandort ein wichtiges Anliegen. Die Welthandelsorganisation (WTO) bleibt trotz der aktuellen Herausforderungen ein unverzichtbarer Garant für stabile Rahmenbedingungen im internationalen Handel. Die EU sollte weiterhin energisch an einer Reform der WTO und der Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des *Appellate Body* arbeiten. Trotz geopolitischer Spannungen ist es wichtig, die Zusammenarbeit innerhalb der G20 aufrechtzuerhalten. Neben der multilateralen Lösung der WTO sind in der Zwischenzeit allerdings Handlungsstrategien auf uni- und plurilateraler Ebene für den Umgang mit autokratischen Staaten unersetzlich.

Angesichts dieser Situation müssen die Bundesregierung und die Europäische Union ihr Verständnis und ihre Sichtweise auf die Mitgliedsstaaten des BRICS-Staatenbundes in ihre zukünftige Ausrichtung miteinbeziehen und gegebenenfalls überdenken. Eine isolierte Betrachtung des Einzelakteurs China vernachlässigt zugunsten einer ganzheitlichen Betrachtung auch das wirtschaftliche Gewicht des Staatenbundes und die damit einhergehenden Bestrebungen nach Mitbestimmung auf internationaler Ebene. Im Vergleich zu den rein westlich geprägten G7-Staaten haben die BRICS-Staaten bereits jetzt eine höhere wirtschaftliche Stärke und bilden zudem bei den in den letzten Jahren immer wichtiger gewordenen G20-Treffen die Mehrheit.

Die Bildung von regionalen Initiativen und Mikroallianzen können dazu genutzt werden sich mit strategischen Partnern in Handel-, Technologie- und Sicherheitsfragen abzustimmen. Gemeinsame Definitionen in sicherheitsintensiven Bereichen sowie eine gemeinsame Verhandlungsposition für den Dialog mit China, beispielsweise in Bezug auf den Klimawandel oder den Umgang mit Subventionen und staatlichen Unternehmen, könnten einer globalen Entkopplung entgegenwirken. Kritisch zu beurteilen sind in diesem Zusammenhang

Außenwirtschaft

China



einseitige Maßnahmen wie der jüngst beschlossene CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM). Dieser kann als protektionistische Maßnahme missverstanden werden und zu neuen Handelsbarrieren und Belastungen auf beiden Seiten des europäisch-chinesischen Verhältnisses führen.

Engagement des BGA im APA

Der BGA engagiert sich zusammen mit weiteren Verbänden im Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA). Anlässlich der Chinastrategie der Bundesregierung hat der APA eine Stellungnahme verfasst, in der er sich für eine ausgeglichene China-Strategie der Bundesregierung ausspricht. Die vorliegenden Aspekte sind im Einklang mit der Ausrichtung des APA und den verfassten Empfehlungen an die China-Strategie der Bundesregierung überein. Weitere Informationen zum APA und finden Sie unter <https://www.asien-pazifik-ausschuss.de/de>.